



MINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERKEHR BADEN-WÜRTTEMBERG

Eckpunkte Aktionsbündnis und Öffentlichkeitskampagne „Flächen gewinnen in Baden-Württemberg“

1. Ausgangslage

Der Umweltplan vom Dezember 2000 und der Landesentwicklungsplan (LEP) 2002 enthalten das Ziel, zur langfristigen Sicherung der Entwicklungsmöglichkeiten im Land die Inanspruchnahme bislang un bebauter Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke deutlich zurückzuführen. Mit dem Bericht des Interministeriellen Arbeitskreises (IMAK) „Reduzierung der Flächeninanspruchnahme“, dem der Ministerrat mit Beschluss vom 17. Februar 2004 zugestimmt hat, liegt ein abgestimmter Handlungskatalog auf der Grundlage des LEP 2002 für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung vor. Sowohl aus ökonomischen als auch aus ökologischen Gründen steht dabei eine effiziente Flächennutzung und ein aktives Flächenmanagement im Mittelpunkt. Konkret heißt dies: Vorrang der Innenentwicklung, Freiraumschutz, Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität und mehr regionale und interkommunale Kooperationen unter gleichzeitiger Deckung des bestehenden Bedarfs.

2. Ziele und Gründe

Das Aktionsbündnis soll einen zusätzlichen Impuls an die Stadt- und Gemeinderäte und an die Wirtschaft geben und den politischen Willen der Landesregierung zum sparsamen Umgang mit Grund und Boden hervorheben. Mit einer gemeinsamen Aktion der wesentlichen Verantwortlichen – Kommunen, Landes- und Regionalplanung, Umwelt- und Naturschutz, Wirtschaft – wird unterstrichen, dass Ressourcenschutz, Siedlungsentwicklung sowie Nutzung der Flächen und Böden nicht allein von der Landesregierung bestimmt werden. Vielmehr ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens nötig, um den Bewusstseinswandel zu erreichen und Akzeptanz für konkrete Maßnahmen zu einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung zu fördern.

Das Bündnis zielt darauf ab, auf freiwilliger Basis und ohne dirigistische Eingriffe den politischen Konsens für eine verstärkte Innenentwicklung und für mehr Flächeneffizienz zu verbreitern, die Rahmenbedingungen zu verbessern und in der kommunalen Praxis die möglichen Maßnahmen umzusetzen. Dabei wird klargestellt, dass es auch zukünftig Außenentwicklung geben wird. Im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung des Landes geht es aus folgenden Gründen darum, das Bewusstsein über die Möglichkeiten und Vorteile einer Innenentwicklung und einen sparsamen Umgang mit der begrenzten Ressource Fläche bei den kommunalen Entscheidungsträgern zu schärfen und die vorhandenen Potenziale stärker zu nutzen:

- In den Verdichtungsräumen und ihren Randzonen führt die Verlagerung von Wohnen und Gewerbe an die äußeren Ränder zu sichtbaren Strukturproblemen. Deshalb kommt der Abstimmung kommunaler Planungen und Entwicklungen auf die regionalen Zielsetzungen große Bedeutung zu (Schwerpunktbildung bei Wohnungsbau, Industrie und Gewerbe, Sicherung der Grünzüge, Mobilität).
- In städtischen Gebieten sind die wichtigsten Aufgaben einer künftigen Stadtentwicklung die verstärkte Innenentwicklung und ein nachhaltiges Bauflächenmanagement. Dabei geht es vor allem um die städtebaulich eingepasste Umnutzung von gewerblichen und militärischen Brachflächen, freiwerdenden Flächen von Bahn und Post, aber auch um bisher unbebaute Baulücken sowie untergenutzte Flächen und Grundstücke. Schon heute sind dabei Erfolge durchaus erkennbar. Soweit in den vergangenen Jahren große Neubauvorhaben verwirklicht wurden, fand dies, vor allem im Rahmen der Stadterneuerung, weitgehend auf Bestandsflächen im städtischen Innenbereich statt.
- In dörflichen Strukturen besteht aufgrund von leerstehenden Gebäuden, ungenutzten Flächen, der Bevölkerungsstruktur und des Strukturwandels beim Handel, Handwerk und Gewerbe Handlungsbedarf zur Unterstützung der Innenentwicklung. Neben der Aktivierung brachliegender Bauflächen wird der (Wieder-)Nutzung von Wohnflächen innerhalb vorhandener Gebäude eine wachsende Bedeutung

zukommen, wenn die Ausdünnung ganzer Ortskerne und der Verlust historischer Ortsbilder verhindert und insbesondere auch Ortskerne für junge Familien und den Handel attraktiver gestaltet werden sollen.

Nachdem die Erweiterung der Siedlungsflächen über Jahrhunderte kontinuierlich zugenommen hat, fällt eine Überwindung damit verbundener Denkmuster nicht leicht. Hinzu kommt, dass die Aufgaben der Innenentwicklung oftmals schwieriger zu lösen sind als die der Außenentwicklung. Mehr Konflikte, einzuhaltende Rahmenbedingungen, mehr Beteiligte, teilweise auch kompliziertere Verfahren und Unsicherheiten wie vorhandene Altlasten, werfen neue operative Fragen auf. Doch die demografische Entwicklung, bestehende Engpässe (z.B. im Verkehrsbereich) und die wirtschaftlichen Chancen einer „Erneuerung von innen“ legen es für eine zukunftsorientierte Strukturpolitik nahe, für den Vorrang der Innenentwicklung einzutreten. Dies soll das Aktionsbündnis sichtbar machen und die Partner aktivieren.

3. **Umsetzung**

Ein öffentlichkeitswirksamer Termin mit den Bündnispartnern zur Unterzeichnung hat am 19. Oktober 2004 im Landtag von Baden-Württemberg stattgefunden. Auf die Bündniserklärung wird verwiesen. Das Bündnis soll für weitere Partner offen sein.

Weitere Handlungsmöglichkeiten des Landes

Die Handlungsmöglichkeiten der Landesregierung sind im IMAK-Bericht ausgeführt. Um das Engagement der Landesregierung zu unterstreichen, soll begleitend zum Aktionsbündnis die Orientierung der verschiedenen Fördermaßnahmen der Ressorts auf das Ziel, vorhandene Fördermittel insbesondere für die Innenentwicklung einzusetzen, deutlich gemacht werden. Dies betrifft die Städtebauförderung durch das Wirtschaftsministerium, die Wohnbauförderung durch das Innenministerium, die Förderung auf der Grundlage des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum durch das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum und die Förderrichtlinien Altlasten des Ministeriums für Umwelt und Verkehr. In der Sache stellt dies keine Änderung, aber eine Schwerpunktsetzung der

Fördertatbestände dar, da diese schon bisher ganz oder teilweise die Innenentwicklung unterstützten.

Öffentlichkeitskampagne „Flächen gewinnen“

Um bei den kommunalen und regionalen Mandatsträgern, aber auch bei Bauherren, der Bau- und Immobilienwirtschaft sowie bei den berührten Banken mehr Bereitschaft für Flächenmanagement, Innenentwicklung und Freiraumschutz zu schaffen, findet eine Öffentlichkeitskampagne begleitend zum Aktionsbündnis statt. Der Schwerpunkt liegt auf der Bewusstseinsbildung und der Freiwilligkeit. Adressaten sind vor allem Gemeinde- und Ortschaftsräte sowie die Bürgermeister.

- Auftakt war eine zentrale Veranstaltung mit den Bündnispartnern am 16. Dezember 2004 in Ludwigsburg.
- Ausgehend von der Auftaktveranstaltung „Baulandinitiative Baden-Württemberg – Wohnbaulandentwicklung im Spannungsfeld von Flächensparen und Flächenbedarf“, des Wirtschaftsministeriums und der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen im Mai 2004 folgen Sommer 2005 weitere vier regionale Kongresse unter Federführung der Regierungspräsidien in Kooperation mit den Regionalverbänden.
- Weitere 12 dezentrale Veranstaltungen zum Themenkreis „Flächen gewinnen“ werden vom Ministerium für Umwelt und Verkehr gemeinsam mit den jeweiligen kommunalen und regionalen Beteiligten durchgeführt.
- Zugleich bietet die Kampagne gute Möglichkeiten, die zahlreichen bestehenden Initiativen und Erfolge für eine zukunftsfähige Stadt- und Gemeindeentwicklung und eine zu erhaltende Kulturlandschaft öffentlichkeitswirksam zu präsentieren und die Vielfalt sowie das Engagement von Kommunen, Regionen, Verbänden und Einzelnen zu würdigen. So entsteht zugleich eine positive Rückkoppelung und neuer Schwung für das „Flächen gewinnen“

4. Eckpunkte des Kabinettsbeschlusses vom 19.10.2004

Der Ministerrat hat am 19.10.2004 neben dem Auftrag an das UVM, das Aktionsbündnis zu unterzeichnen und die Öffentlichkeitskampagne in Abstimmung mit IM, WM und MLR durchzuführen, beschlossen:

„Mit Fördermitteln des Landes in dem Bereich der Städtebauförderung, der Wohnbauförderung, des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum und der Altlasten soll insbesondere der Innenentwicklung Rechnung getragen werden.“